



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Schlußabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 10/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk. Familiennachrichten, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Sonderberatungen der Alliierten in Brüssel.

Brüssel, 20. Dezember. (Havas-Reuters.) Die Sachverständigen der Verbündeten traten heute Nachmittag zusammen und nahmen von den vorläufigen Berichten Kenntnis, die von denjenigen Sachverständigen vorbereitet waren, die den Auftrag hatten, mit der deutschen Delegation verschiedene im Laufe der vorhergehenden Sitzung erörterte Punkte zu studieren. Die Prüfung dieser Berichte wird morgen beendet werden, und die Delegierten der Verbündeten werden dann Beschlüsse fassen, die der deutschen Delegation am Mittwoch mitgeteilt werden sollen.

Brüssel, 21. Dezember. (T.M.) Am Montag hatte sich die Finanzkonferenz in eine Anzahl von Miniatur-Konferenzen zerlegt die meist auf Grund der Sachverständigen-Darlegungen vom Sonnabend geführt wurden. Die Japaner haben die Schiffahrtfrage übernommen, die Italiener die Weltzolltariffrage, die Engländer besprechen die Reparationsfrage und das Clearingverfahren, während die Franzosen die Arbeitslosenfrage untersuchen. Die Alliierten müssen sich nunmehr über ihre Taktik entscheiden, die sie auf Grund der Eindrücke der letzten drei Tage verfolgen wollen. Jedenfalls ist jetzt der kritische Augenblick eingetreten. Die Alliierten sind nun an der Reihe, sich zu äußern.

Sachverständigenurteile über Deutschlands Finanzlage.

Brüssel, 19. Dezember. (T.M.) In der Sitzung der Reparationskommission gab Staatssekretär Schröder einen Ueberblick über die gegenwärtige Finanzlage, indem er u. a. ausführte: Die deutsche jaehende Schuld hat sich vom April 1919 bis Ende November 1920 mehr als verdoppelt und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum 1. April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren werden. Der Papiergeldumlauf ist im letzten Jahre um 2 1/2 Milliarden gestiegen. Staatssekretär Schröder teilte mit, die Steuererträge seien erheblich zurückgegangen worden; namentlich die Einkommensteuer habe sich seit Einführung des Abzuges von 10 Prozent von allen Arbeitseinkommen vermindert. Nach Ansicht Schröders ist noch immer einige Hoffnung gegeben, daß der ordentliche Etat in diesem Etatsjahre wieder balanciere, das Defizit der Eisenbahn und Post erklärte er vor allem mit den ungeheuren Kosten der Erneuerung des im Kriege abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller laufenden Sachkosten, daneben mit der Steigerung der Gehälter und Löhne. Für 1921. Ansetze er mit einer Verminderung des Defizits. Dagegen sei Deutschland bisher mit der Bezahlung der privaten Lieferantien für die aus dem Friedensvertrage zu leistenden Leistungen auf die Notenpresse angewiesen, ein Zustand, der nur mit Hilfe der Alliierten beseitigt werden könne.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt auch Reichsbankpräsident Dr. Hansen. Er erklärte, ein weiteres Sinken der Valuta werde die Kaufkraft unseres Geldes im Zustande immer mehr seiner Weltmarktkaufkraft anpassen. Damit sei die Gefahr eines noch weiteren Sinkens herbeigeführt. Die Stilllegung der Notenpresse sei die erste Voraussetzung zur Besserung. Die Handelsbilanz der Monate Januar bis Juni 1920 weise ein Passivsaldo zu Lasten Deutschlands von nicht weniger als 37 Milliarden Mark am 1. Juli d. J. auf. Die Verschlechterung der Mark sei im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß infolge der schlechten Ernte die Einfuhr von Lebensmitteln und Fleisch und gleichzeitig die starke Abbedeckung des Clearing-Saldos große und wachsende Mengen von Zahlungsmitteln erfordert habe. Das ernsteste sei aber, daß die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe bereits eingeschränkt werden müsse. Es könne noch so kommen, daß die Einfuhr nach Deutschland nur noch im Wege des Tauschhandels möglich sein werde. Dann werde das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entschieden sein.

Wieder eine internationale Konferenz?

London, 20. Dezember. Wie Daily Chronicle mitteilt, soll Präsident Harding die Absicht haben, eine Konferenz einzuberufen auf der die Mächte zum Ausdruck bringen sollen, was sie als eine Verletzung des Völkerrechts und der Souveränität betrachten, damit die Grundzüge einer internationalen Gesetzgebung festgelegt werden. Ein internationaler Gerichtshof solle Recht sprechen, jedoch keine Strafgewalt haben, da seine Autorität nach Hardings Ansicht die Durchführung der zu treffenden Maßnahmen verbürge.

Rücktritt der polnischen Sozialisten von der Koalitionsregierung.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Volkszeitung meldet aus Warschau: Die Lage der Witos-Regierung ist überaus schwach. Die Nationalisten sind aus dem Koalitionskabinett ausgetreten und zeigen bei jeder Gelegenheit sowohl im Sejm als in der Presse schärfste Opposition. Nun ist seit Sonnabend bekannt geworden, daß die Sozialistische Partei ihren Führer Dajinski vom Posten des Vizepräsidenten abberufen wolle. Bis jetzt habe Dajinski diesem Beschluß seiner Partei noch nicht Folge geleistet, aber mit seinem Rücktritt muß täglich gerechnet werden. Man erfährt, daß die sozialdemokratische Fraktion vor einiger Zeit das weitere Verbleiben in der Regierung von der Verleihung der wichtigsten Posten abhänge wie des Auswärtigen, der Wehrmacht und des Innern an die Sozialisten abhängig gemacht hat. Von anderer Seite wird

behauptet, der Eintritt des Finanzministers Steczowski in das Kabinett habe den sozialistischen Beschluß gezeitigt. Steczowski vernünftige und bei der jetzigen Sachlage überhaupt einzig mögliche Politik: Abbau der Zwangswirtschaft, weitgehendes Hinzulassen des ausländischen Kapitals verträgt sich allerdings nicht mit der starren sozialistischen Doktrin. Schlecht ist es auch möglich, daß die Sozialisten genau so wie neulich die Nationalisten weniger patriotisch als schlau heizelten der Verantwortung entweichen wollen, um sich nicht mit höchst kritischen Fragen beschäftigen zu müssen, wie mit der oberschlesischen, mit Wilna und Litauen, den Beziehungen zu Moskau, den unerlösten Defiziten, den Danziger Verhältnissen und zahlreichen anderen.

Polens trostlose Finanzpolitik.

Warschau, 21. Dezember. Eine Konferenz im Finanzministerium hat die Finanzlage des Staates als trostlos bezeichnet. Die außerordentliche Schuldenlast betrage 126,5 Milliarden, die einen jährlichen Zinsendienst von 12 Milliarden erfordern. Die Steuereinnahmen sind ungewöhnlich schlecht und vollkommen ungenügend. Die polnische Valuta sinkt andauernd. Die staatliche Finanzwirtschaft schreite daher mit schnellen Schritten dem völligen Zusammenbruch entgegen.

Die Furcht vor dem Bolschewismus.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Volkszeitung meldet aus Kopenhagen: Nach der Niederlage der Wrangelschen Armee und nach den Mißerfolgen des Völkertundes, der vergebens versucht hatte, Hilfstruppen für die Pazifizierung Armeniens aufzubringen, steht heute, soweit die Lage zu übersehen ist, kein Mittel zur Befähigung, um dem Vordringen der Roten Armee in Transkaukasien Einhalt zu gebieten. Die Bolschewisten haben durch den Zusammenbruch der Wrangelschen Front sowie Truppen freibekommen, daß die Hilfstruppen, mit denen die Mächte noch vor kurzer Zeit rechnen konnten, bei weitem nicht mehr ausreichen würden. In englischen politischen Kreisen hört man vielfach die Auffassung, daß die Kälteregierung jetzt infolge dieser günstigen Umstände eine größere Gefahr für Indien bedeute als je zuvor.

London, 20. Dezember. (T.M.) Times melden aus Konstantinopel, daß bei Baku bolschewistische Truppen konzentriert werden. Eine starke Kavallerieabteilung drang in die Stadt ein. Man nimmt an, daß die Truppenkonzentrationen den Zweck verfolgen, in Nordpersien einzufallen.

Riga, 20. Dezember. (T.M.) In polnischen Kreisen herrscht wegen der von den Bolschewisten betriebenen neuen Kriegsvorbereitungen eine große Beunruhigung. Auch in England sieht man den neuen Kriegsvorbereitungen in Rußland mit lebhafter Beunruhigung entgegen.

Spaltung der belgischen sozialistischen Partei.

Paris, 19. Dezember. Wie dem Temps aus Brüssel mitgeteilt wird, hat sich eine Spaltung der belgischen sozialdemokratischen Partei vollzogen. Das Organ der Minderheit der belgischen Sozialdemokratie L'Exploité veröffentlicht heute vormittag eine gemeinsame Erklärung der Führer der Minderheit, in der gesagt wird, sie seien infolge des Beschlusses des am letzten Sonntag abgehaltenen Parteitag gezwungen, aus der belgischen Arbeiterpartei auszutreten. Es sei nicht angängig, einem großen Teil der belgischen Sozialisten die Handlungs- und Gedankenfreiheit zu nehmen, wie es der Beschluß des letzten Parteitages vorsehe.

Allgemeine Wahlen in England.

Unter der Ueberschrift: Ein Appell an das Land, bringt Daily Herald die Nachricht, daß die Regierung die allgemeinen Wahlen für das kommende Jahr vorbereite, Geschäfte haben den Auftrag für Papierlieferungen für die Wahlen erhalten.

Als Ursache für die Ansetzung der Wahlen wird die kritische Lage der Regierung angeführt; diese ist entstanden, weil sich in den Reihen der Unionisten ein scharfer Widerstand gegen die Verbindung mit den Liberalen erhoben hat. Die Unionisten wollen Lloyd George offen auf Programm festlegen.

Ein sozialistischer Wahlsieg in Frankreich.

Paris, 20. Dezember. In der gestern vorgenommenen Nachwahl im Departement Vol-et-Garonne wurde der sozialistische Kandidat, Jean Renaud, mit 17743 Stimmen gewählt. Der Kandidat des nationalen Bloks, Faugel, erhielt 13081 Stimmen, der radikale Kandidat, Ballet, 5973 Stimmen. Es stehen noch einige Wahlergebnisse aus, die jedoch das Endergebnis nicht beeinflussen können. Durch diese Wahl verliert der nationale Bloks einen Sitz.

Die „Gerechtfertigten“.

Die Reaktion feiert ihren Sieg im Schwurgerichtssaal in Kassel. Die Deutsche Zeitung und die Deutsche Tageszeitung verlegen Tränen der Rührung über die endliche Rechtfertigung der braven Marburger Studenten, die zu Unrecht als Mörder und Bluthunde von der Arbeiterkraft beschimpft worden sind, und die Deutschnationale Fraktion der preussischen Landesversammlung hat schleunigst eine Anfrage eingebracht, ob die Regierung den Minister Haenisch veranlassen werde, den Marburger Freigesprochenen Genugtuung zu geben, die er durch eine Rede schwer beleidigt habe, in der er von dem „feigen Menschenorde der Marburger Studenten an den 15 Arbeitern in Thal“ sprach.

Minister Haenisch und die preussische Regierung mögen das mit sich ausmachen. Sicher ist, daß eine Ehrenerklarung für die Freigesprochenen von Kassel in der proletarischen Öffentlichkeit ebensowenig oder besser gesagt ebensowenig Eindruck machen wird, wie das freisprechende Urteil der sorgfältig gestiebten, von allen proletarischen Elementen vorfristig gereinigten Kasseler Geschworenenbank. Dieser Freispruch ist für das Proletariat nur ein Beweis mehr, daß die Klassenjustiz erst mit dem Klassenhaß verschwinden kann, daß der Gerechtigkeitsbetrieb sich in der Republik Deutschland in nichts unterscheidet von jenem der kaiserlichen Zeit. Das Urteil von Kassel ist eine Bestätigung mehr für die Erkenntnis, daß die Bourgeoisie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse alle Mittel anwendet, daß sie jede Unmenschlichkeit gegen kämpfende Proletarier für gerechtfertigt hält und deckt, wenn sie zum Zwecke der Erhaltung der bürgerlichen Herrschaft geschah. Wie sie andererseits die blutigste Strafe fordert gegen jeden, der im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Erhaltung dessen, was die Revolution gebracht hat, einem Angehörigen der bürgerlichen Klasse ein Haar gekrümmt hat.

Wir haben die Rede des Staatsanwalts, die der Verteidigung der angeklagten Studenten galt, in unserm Bericht, den wir an anderer Stelle dieses Blattes vollenden, ausführlich wiedergegeben, und zwar, weil sie das Wesen dieses Freispruchs in unweiblicher Klarheit freilegt. Weil sie die vielen brüchigen Stellen des Entlastungsbeweises offen zutage fördert, weil sie geradezu ein Indizium für die Schuld der Angeklagten ist. Sie zeigt mit klassischer Deutlichkeit, wie sehr befangen die amtlichen Vertreter der Justiz in den Anschauungen ihrer Klasse sein müssen, wie blind sie an all dem, was diesen Anschauungen widerspricht, vorübergehen, wenn sie mit solchen Argumenten, wie der Staatsanwalt Sauer sie in Kassel vorgebracht hat, die furchtbare Blutschuld der Heiden von Thal aus der Welt zu beweisen vermögen. Und der Staatsanwalt Sauer ist, das zeigen die Urteile der verschiedensten deutschen Gerichte, nicht ein einzelner, er ist ein Typ. Die deutschen Richter und Staatsanwälte können auch nicht gut anders sein. Sie sind Fleisch vom Fleische der deutschen Bourgeoisie, sie entstammen derselben Klasse wie die „Vaterlandserreiter“, die por ihnen auf der Anklagebank sitzen, wie die Studenten von Marburg. Sie sind Deutschnationale und Deutsche Volksparteiker, die das Ende der „schredlichen, der kaiserlosen Zeit“ brünstig herbeisehnen. Sie mühten deshalb auch im Kasseler Prozeß ebenso wie die anderen Reihen der Besitzenden genommenen Geschworenen als befangen gelten. Ob sie sich Mühe gegeben haben, diese Befangenheit, dieses Interesse an dem Ausgang als Mitglieber der angeklagten Klasse, der angeklagten politischen Richtung zu überwinden, wollen wir dahingestellt sein lassen. Gelungen ist es ihnen jedenfalls nicht, wie schon die eine von uns im Bericht hervor gehobene Suggestiv-Frage des Vorsitzenden: „Nebenfalls ist doch nicht...“, beweist, womit er dem Kapitän v. Selchow beistimmt.

Der Staatsanwalt hat sich ebenfalls alle Mühe gegeben, die sehr verdächtige Rede des Kapitäns, die zu so bedenklichen Erweiterungen im Studentenkorps Anlaß gab, als harmlos hinzustellen. Seine Beweisführung ist indes von einer Genauigkeit, die ihr jede überzeugende Kraft nimmt. Er meint, Herr von Selchow wäre ein kompletter Narr gewesen, wenn er in öffentlicher Versammlung zur Erschießung von Gefangenen aufgefordert hätte. Er hätte sich ja die allgemeine Verachtung zugezogen. Wie sich doch im Kopfe dieses Staatsanwalts die Welt, in der die Selchow und seine Marburger Kameraden leben, so sonderbar spiegelt. Wenn der Herr das nicht schon aus seinem bürgerlichen Misien wissen müßte, so hätte er es zum mindesten aus den Verhandlungen des Prozesses selbst erfahren können, daß in den Augen deutsch-nationaler „Vaterlandserreiter“, „Erlebdigung“ von „Spartakisten“, als da sind sämtliche revolutionär denkende und handelnde Arbeiter, als eine sehr verdienstliche Tat gilt, ganz einzeln, unter welchen Umständen sie sich vollzieht. Ueber juristische Zwirnsfäden stolpern die Kämpfer der Gegenrevolution dabei gewiß nicht. Es ist wirklich eine Zumutung toller Art, nach all den Bluttatzen an Revolutionären, die wir erleben mußten, uns glauben machen zu wollen, daß der Herr v. Selchow hätte Rücksicht nehmen